

«Kanterniederlage für die Bürgergemeinde»

Bürgerratspräsident Leonhard Burckhardt ist über deutliches Ja zum Transfer der Sozialhilfe zum Kanton erstaunt



Transfer. Bürgerratspräsident Leonhard Burckhardt (linkes Bild) ist enttäuscht über den Verlust der Sozialhilfe an den Kanton. Die Grossräte des Grünen Bündnisses Elisabeth Ackermann, Jürg Stöcklin und Urs Müller (von links) sind erfreut darüber. Fotos Pino Covino

CLAUDIA KENAN

Mit einem Stimmenanteil von 65,7 Prozent sagten die Basler Ja zum Transfer der Sozialhilfe von der Bürgergemeinde zum Kanton. Dort wird sie ins neu zu schaffende Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt integriert.

«Oje, oje, oje.» Dieter Werthemann, Bürgergemeinderat und ab der kommenden Legislatur Chef der neuen Fraktion der Grünliberalen im Grossen Rat, war über das deutliche Ja zum Transfer der Sozialhilfe zum Kanton enttäuscht. 65,7 Prozent der Stimmenden sagten Ja, 34,3 Prozent sprachen sich dagegen aus. Damit verliert die Bürgergemeinde eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Vor allem die Bürgerlichen bekämpften die Änderung des Sozialhilfegesetzes, welche im Grossen Rat heftig diskutiert und schliesslich angenommen wurde. Das Referendum gegen den Grossratsbeschluss unterstützten SVP, FDP, CVP, LDP, EVP, DSP und GLP. Für den Transfer und damit für die Änderung des Sozialhilfegesetzes waren SP, BastA! und die Grünen. Sie setzten sich durch:

Ab Januar 2009 werden dieselben Sozialhilfeangestellten wie bisher dieselbe Aufgabe erledigen – aber dem Kanton unterstellt sein.

FEHLEINSCHÄTZUNG. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Resultats verschickte Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements, Resultate-SMS «an einen Betroffenen». Gemeint war damit Rolf Maegli, Vorsteher der Sozialhilfe, der sich im Vorfeld ebenso wie die Mehrheit der Sozialhilfeangestellten für einen Transfer ausgesprochen hatte. «Das Thema beschäftigt die Stimmbürger nicht sehr stark», mutmaßte Lewin gestern. «Deshalb haben wahrscheinlich viele das Abstimmungsbüchlein zur Hand genommen und sind unserer Empfehlung gefolgt. Wir hatten gute Argumente.»

Hauptpunkt der regierungsrätlichen Argumentation war, dass die Sozialhilfe aus historischen Gründen bei der Bürgergemeinde angesiedelt sei. Sie dem Kanton, der sie auch finanziere, zu unterstellen, sei zeitgemäss und bündle Energien.

Laut BastA!-Grossrat und VPOD-Chef Urs Müller ist vor allem die Verwaltungsreform Grund für die klare Haltung der Stimmberechtigten. Im neu zu schaffenden Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sei die Sozialhilfe gut aufgehoben. «Die Stimmenden wollen bündeln, was zusammengehört», sagte Müller.

ZU WENIG VERANKERT. Gross war die Enttäuschung bei Vertretern der Bürgergemeinde, die, wie fast alle, egal welcher Partei, von einem knappen Resultat ausgegangen waren. «Das ist eine Kanterniederlage für die Bürgergemeinde», sagt Bürgerratspräsident Leonhard Burckhardt. «Wir müssen über die Bücher gehen», so der SP-Mann, der glaubt, dass die Bürgergemeinde bei linken Wählern «negativ besetzt» sei. «Bereits haben wir einen Strategieprozess innerhalb der Bürgergemeinde eingeleitet, über welchen ich zurzeit noch keine Auskunft geben kann.»

Die Bürgergemeinde habe einen lebendig geführten Abstimmungskampf betrieben, so Burckhardt weiter, sei aber anscheinend in der

Bevölkerung «zu wenig verankert». Via Pressemitteilung liess der Bürgerrat am Nachmittag dann verlauten, er erwarte von der Regierung, dass der Bürgergemeinde nun «weitere Aufgaben von öffentlichem Interesse übertragen werden», wie in der neuen Kantonsverfassung vorgesehen.

Deutlich anzusehen war die Enttäuschung vor allem Christine Wirz-von Planta, Bürgergemeinde- und Grossrätin. Die LDP-Politikerin kämpfte in den vergangenen Monaten an vorderster Front gegen den Transfer, wobei das Komitee «Bürger-nahe Sozialhilfe» unter anderem mit Mehrkosten in Millionenhöhe aufgrund der höheren Löhne der Angestellten und der Pensionskasse gegen den Transfer argumentierte. Gestern suchte Wirz-von Planta nach Erklärungen für das deutliche Resultat. Als Kritik an der Bürgergemeinde oder gar als ersten Schritt zu deren Auflösung will sie das klare Ja zum Sozialhilfetransfer jedoch nicht verstanden wissen. «Nein! Die Bürgergemeinde braucht es und unsere Arbeit wurde nicht kritisiert.»

kommentar

Kanton nun in der Bringschuld

PATRICK MARCOLLI



Die Bürgergemeinde hat die Grenzen ihres Einflusses gestern sehr deutlich, fast schon schmerzhaft aufgezeigt bekommen. Ein Erklärungsversuch für die unerwartet deutliche

Niederlage: Vielen Stimmbürgern ist nicht klar gewesen, wieso die Sozialhilfe überhaupt je bei der Bürgergemeinde angesiedelt war, und nicht beim Kanton. Und genau hier liegt der Grund dafür, weshalb der gestern gefällte Entscheid richtig war: Es spricht aus organisatorischen und strukturellen Gründen nichts gegen einen Transfer ins neu geschaffene Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Allein die Mehrkosten, die durch den Wechsel zur Einwohnergemeinde entstehen, bleiben ein erheblicher Makel. Der Kanton steht in der Bringschuld und muss in den nächsten Jahren offenlegen, wie wirksam die versprochenen Synergieeffekte wirklich sind. Bleiben sie aus, so müssen die Ausgaben an anderer Stelle kompensiert werden. Der Bürgergemeinde bleibt ein kleiner Trost: Von nun an wird politisch mit offenem Visier gekämpft. Wer ihr keine Ersatzaufgaben übergeben oder ihre Leistungen mittelfristig weiter herunterfahren will, der legt es unzweifelhaft auf die Abschaffung dieser Institution an. Eine solche Demontage aber wäre schlecht für Basel, dessen Bürger abseits des Staatsapparats sowohl für Traditionsbewusstsein wie für gesellschaftliche Offenheit standen und stehen.

patrick.marcolli@baz.ch

Mieterverband befürchtet «Abbruchwelle»

Siegreiche Gegner der Mieterschutz-Initiative sehen dagegen Weg frei für neue Investitionen

PATRICK MARCOLLI

Der Mieterverband ist mit seiner Initiative gescheitert – er will sich nun auf den Kampf gegen die Abschaffung des Abbruchgesetzes konzentrieren.

Beat Leuthardt vom Mieterverband Basel-Stadt (MV) nahm das gestrige Abstimmungsergebnis zu seinem «Gesetz zur Sicherung eines genügenden Angebots an bezahlbaren Mietwohnungen» äusserlich locker auf – sparte aber nicht mit deutlichen Worten: Angesichts der «Angstkampagne» der Gegner und dem Druck, der gerade in der Baubranche auf Mitarbeiter ausgeübt worden sei, bedeuteten die 39 Prozent Zustimmung ein «überaus gutes» Ergebnis.

Mit fast 20 000 Ja-Stimmen habe der Mieterverband mehr als dreimal so viele Befürworter mobilisieren können als er stimmberechtigte Mitglieder zähle. Allein die Lancie-

rung der Initiative sei ein Erfolg für die baselstädtische Mieterschaft gewesen, sagte Leuthardt weiter. Während der vergangenen zwei Jahre sei im Kanton «fast kein Wohnraum» abgebrochen worden und zudem sei das von bürgerlicher Seite attackierte «Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern» in dieser Zeit unangetastet geblieben.

«ABBRUCHWELLE DROHT». Leuthardt sieht nun eine «massive Abbruch- und Sanierungswelle» auf die Stadt zukommen. Er hegt andererseits jedoch die Erwartung, dass vor allem das neugewählte Regierungsmitglied Christoph Brutschin (SP), der ehemals im Vorstand des Mieterverbands war, nun eine mieterfreundlichere Politik in den Regierungsrat tragen werde als es aus Leuthardts Sicht die bei-

den abtretenden Exekutivmitglieder Barbara Schneider und Ralph Lewin (beide SP) getan hätten.

Letzterer zeigte sich hoch zufrieden über die klare Ablehnung der Mieterschutz-Initiative. «Das Stimmvolk hat erkannt, wie schädlich für die weitere Entwicklung des Kantons eine Annahme dieses Begehrens gewesen wäre», sagte Lewin. Die bestehende Gesetzgebung zum Mieterschutz genüge vollauf.

Auch FDP-Nationalrat und Gewerbedirektor Peter Malama gehörte bei diesem Ergebnis zu den Siegern des Abstimmungssonntags. Der Gewerbeverband war die treibende Kraft hinter der Nein-Kampagne. «Das Resultat ist ein klares Signal an die Investoren im Kanton Basel-Stadt», sagte Malama. «Basel bleibt damit weiterhin offen für Investitionen in Altbauanierungen und Neubauten.»



Sieger und Verlierer. Wirtschaftsdirektor Ralph Lewin (l.) und Mieterverbands-Co-Geschäftsführer Beat Leuthardt. Foto Pino Covino

KANTONALE ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

	Antiraucher-Initiative		Transfer Sozialhilfe		Mieterschutz-Initiative		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	
Bahnhof SBB	443	306	471	217	288	414	
Rathaus	510	391	566	274	358	485	
Bezirkswache Kleinbasel	139	132	170	87	117	144	
Basel Brieflich Stimmende	21822	20486	26584	13826	16496	24342	
Total Basel	22914	21315	27791	14404	17259	25385	47,2%
Riehen Gemeindehaus	120	60	106	54	51	115	
Riehen Brieflich Stimmende	4161	3019	4425	2440	2154	4714	
Total Riehen	4281	3079	4531	2494	2205	4829	52,6%
Bettingen Gemeindehaus	3	4	4	1	5	1	
Bettingen Brieflich Stimmende	229	155	240	125	68	308	
Total Bettingen	232	159	244	126	73	309	55,2%
Total Kanton Basel-Stadt	27427	24553	32566	17024	19537	30523	48%
Anzahl Stimmen in Prozent	52,8%	47,2%	65,7%	34,3%	39%	61%	

kommentar

Erneuerung kann weitergehen

PATRICK MARCOLLI

Fast 40 Prozent Ja zur sogenannten Mieterschutzinitiative – das ist ein kleiner Achtungserfolg für den Basler Mieterverband. Mehr aber nicht. Zwar hat sich mit Ausnahme von BastA! das politische Basel von links bis rechts ausnahmslos gegen das Volksbegehren gestellt und somit den Mieterverband zum «David» gemacht. 90 Prozent der Einwohner Basels sind jedoch Mieter und nicht Eigentümer

einer Liegenschaft, hätten sich eigentlich für den plakativen Slogan «Verstärkter Mieterschutz» sehr empfänglich zeigen müssen. In diesem Licht betrachtet sind 40 Prozent wiederum eine kleine Enttäuschung für den Verband. Oder anders gesagt: Die Mehrheit der Mieter hat erkannt, dass das Begehren weit über das Ziel hinaus-schiess. Die massiv ausgebauten Bewilligungspflicht und Ein-

sprachemöglichkeit hätte Hauseigentümer und Investoren in ein enges Korsett gezwängt und so die dringend nötige Erneuerung des baselstädtischen Wohnungsbestands verhindert, beziehungsweise die aktuellen Bemühungen im Keim erstickt. Das gestrige Votum gegen die Initiative ist auch als Vertrauensbeweis in den bestehenden Mieterschutz anzusehen.

patrick.marcolli@baz.ch